

Akten zur  
Auswärtigen Politik  
der Bundesrepublik  
Deutschland

1962

1. Januar bis  
31. Dezember

Herausgegeben  
im Auftrag des Auswärtigen Amts  
vom Institut für Zeitgeschichte

Oldenbourg



# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts  
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber  
Horst Möller

Mitherausgeber  
Klaus Hildebrand und Gregor Schöllgen

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Akten zur Auswärtigen Politik  
der Bundesrepublik Deutschland

1962

Band II: 1. April bis 31. August 1962

Wissenschaftliche Leiterin  
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter  
Mechthild Lindemann und Michael Mayer

R. Oldenbourg Verlag München 2010

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

*Bibliographic information published by Die Deutsche Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at <<http://dnb.d-nb.de>>.

© 2010 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
Internet: [oldenbourg.de](http://oldenbourg.de)

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).  
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen  
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN 978-3-486-59192-7

## Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Journalisten Sulzberger in Cadenabbia

115-34.A/62 geheim

2. April 1962<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler gewährte am 2. April 1962 um 11 Uhr in Cadenabbia dem Korrespondenten der New York Times, Mr. Sulzberger, ein Informationsgespräch.<sup>2</sup>

Mr. *Sulzberger* sagte, er habe de Gaulle vor ungefähr fünf Wochen zum letzten Mal gesehen.<sup>3</sup> Damals habe de Gaulle über Chruschtschow gesagt, es sei noch nicht möglich, zu beurteilen, ob Chruschtschow ein geschichtlich bedeutsamer Mann sei oder nicht. Chruschtschow stehe vor der Wahl zwischen Krieg und Frieden. Ein solches Urteil könne man erst abgeben, wenn Chruschtschow sich zum einen oder anderen entschlossen habe. Mr. Sulzberger fragte dann den Herrn Bundeskanzler, wofür sich Chruschtschow seines Erachtens entscheiden werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, seiner Meinung nach werde Chruschtschow aus zwei Gründen nicht gerne Krieg machen. Erstens sei Chruschtschow seines Erachtens ein russischer Nationalist und Kommunist. Als russischer Nationalist wolle Chruschtschow, nachdem Stalin Rußland im panslawischen Sinne ungeheuer vergrößert habe und nachdem Lenin die kommunistische Idee entwickelt habe, in die Geschichte als der Schöpfer der russischen Wirtschaft eingehen. Einen Krieg könne Chruschtschow daher nicht brauchen, weil die russische Wirtschaft davon sehr schwer getroffen würde. Der zweite Grund, weshalb Chruschtschow keinen Krieg brauchen könne, sei die Bedrohung durch Rotchina. Bei seiner Moskaureise im Herbst 1955 habe er mit Chruschtschow auf dessen Initiative ein sehr intimes Gespräch geführt, in dem Chruschtschow große Sorge über Rotchina geäußert habe.<sup>4</sup> Chruschtschow wisse, daß Rußland auf jeden Fall aus einem Konflikt, selbst wenn es Sieger bliebe, sehr geschwächt hervorgehen würde, wodurch der rotchinesische Nachbar noch gefährlicher würde. Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er habe heute früh ein Telegramm über eine Fernsehrede von Senator Humphrey erhalten, wo Humphrey erkläre, die innenpolitische sowjetische Situation sei spannungsgeladen und könne daher die Gefahr emotioneller Ausbrüche in sich bergen. Er, der Herr Bundeskanzler, wisse natürlich nicht, ob dies sicher sei, aber so deutlich habe er diese Ansicht noch nie gehört. Wenn sie richtig sei, müsse man Chruschtschow natürlich vorsich-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Kusterer am 4. April 1962 gefertigt.

<sup>2</sup> Zu dem Gespräch vgl. auch SULZBERGER, *Giants*, S. 866–869.

Für die Berichte über das Gespräch vgl. die Artikel „Looking West and East From Como – I“ und „Looking West and East From Como – II“; THE NEW YORK TIMES vom 4. April bzw. vom 7. April 1962, jeweils S. 4.

<sup>3</sup> Der amerikanische Journalist Sulzberger führte am 20. Januar 1962 in Paris ein Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle. Vgl. dazu SULZBERGER, *Giants*, S. 840–843.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau auf. Zu dem Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, über die Volksrepublik China vgl. ADENAUER, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 528.

Zu den übrigen Gesprächen vgl. VIZIT KANCLERA ADENAUERA, S. 48–184.

tig behandeln, damit er sich in keine internationalen oder außenpolitischen Abenteuer einlasse. Er halte dies im übrigen für unwahrscheinlich. Vielmehr sei er im Gegensatz zu Humphrey der Meinung, wenn Chruschtschow so große interne Probleme habe, werde er sich in keine Abenteuer einlassen, sondern vielmehr versuchen, diese Probleme intern beizulegen.

Mr. *Sulzberger* fragte dann, ob der Herr Bundeskanzler Chruschtschow für einen großen Mann, einen Mann ersten Ranges halte.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er stimme de Gaulle zu. Er glaube jedoch, daß Chruschtschow sehr klug sei. In den sechs Tagen in Moskau, an denen er täglich dreimal mit Chruschtschow zusammengetroffen sei, habe sich Chruschtschow als kluger Mann gezeigt, der zwar manchmal emotional gewesen sei, aber sich immer gemeistert habe. In einem Satz zusammengefaßt sei er der Meinung, daß Chruschtschow ein sehr kluger Mann sei, aber auch jemand, der sich in der Gewalt habe.

Mr. *Sulzberger* stellte dann die Frage, ob der Herr Bundeskanzler glaube, ob derzeit irgendwelche Aussichten für die Aushandlung eines Abrüstungsabkommens oder den Beginn eines solchen Abkommens bestünden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er glaube dies nicht. Dies sei aber rein persönliche Spekulation. Chruschtschow traue den Vereinigten Staaten nicht. Dies gelte auch gegenüber der Politik Kennedys und seiner Regierung. Unter Eisenhower und Dulles sei die amerikanische Rußlandpolitik von der Überzeugung der Verwerflichkeit des Kommunismus untermauert gewesen, der man keine weitere Ausdehnung gestatten dürfe. Damals habe man ja auch noch die Satelliten befreien wollen.<sup>5</sup> Chruschtschow glaube einfach nicht, daß die amerikanische Regierung heute zu einer Koexistenz bereit sei. Unter diesem Aspekt halte er (der Herr Bundeskanzler) die Politik Kennedys, immer wieder das Gespräch mit den Russen zu suchen, für gut, denn dadurch könnte vielleicht das russische Mißtrauen gegenüber Amerika vermindert oder gar ausgeräumt werden.

Mr. *Sulzberger* verstand dies so, daß Chruschtschow wegen der philosophischen Feindseligkeit der Eisenhower-Ära auch heute noch Amerika mißtraue, obwohl inzwischen eine andere Regierung an der Macht sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies sei im wesentlichen seine Auffassung. Weil die amerikanische Politik gegenüber den kommunistischen Staaten diese philosophische Grundlage gehabt habe, habe sie gegenüber der Sowjetunion gar nicht die Haltung eines möglichen Nebeneinanderlebens einnehmen können. Dies habe russisches Mißtrauen erzeugt. Offensichtlich versuche Kennedy nun (ohne daß ihm Kennedy dies je so gesagt habe), dieses Mißtrauen beiseite zu räumen, weil er offenbar der Meinung sei, daß dann ein Modus vivendi gefunden werden könnte. Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, Mr. Sulzberger solle ihn nicht falsch verstehen. Er tadele keineswegs Eisenhower oder Dulles, denn damals, als die kommunistische Herrschaft noch nicht so stabilisiert gewesen sei, habe man noch die Meinung vertreten können, der Kommunismus lasse sich zurückdrängen. In den langen Jahren seither habe sich jedoch die kommunistische Herrschaft so stabilisiert, daß es unklug wäre (und auch Dulles und Ei-

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Dulles vom 26. Februar 1953 zur Resolution „On Captive Peoples“; Dok. 11, Anm. 94.

senhower würden heute zweifellos so denken), eine philosophische Position einzunehmen, sondern daß man vielmehr pragmatisch vorgehen müsse. Daher die Bereitschaft zu einem *Modus vivendi*, der natürlich auch sowjetischerseits ehrlich sein müsse.

Mr. *Sulzberger* fragte, wie der Herr Bundeskanzler die Auswirkungen der Genfer Konferenz<sup>6</sup> auf die Berlinfrage analysiere.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, der Ton sei gemäßigter gewesen, und während dieser Zeit habe es keine Aktionen gegeben. Er halte dies für einen, wenn auch nicht großen, Fortschritt.

Mr. *Sulzberger* sagte, der Herr Bundeskanzler glaube also, daß derzeit die kürzliche Krise keine echte Krise mehr sei, ohne daß sich jedoch im Grundsätzlichen etwas geändert habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, für die Sowjetunion sei Berlin ein ausgezeichnetes Mittel, um zu erpressen und Unruhe zu stiften. Nach seiner Überzeugung werde Rußland dieses Instrument nur aufgeben, wenn eine echte allgemeine Entspannung eingetreten sei.

Mr. *Sulzberger* sagte, der Herr Bundeskanzler betrachte es also eher als Realismus denn als Pessimismus, wenn man die Meinung vertrete, daß dies noch viele Jahre dauern könne.

Der Herr *Bundeskanzler* bejahte dies und fügte hinzu, angenehme Überraschungen seien natürlich immer möglich, aber man müsse doch in Rechnung stellen, daß es noch Jahre dauern könne.

Mr. *Sulzberger* bemerkte dann, er könne in dem bisherigen Gespräch eigentlich keine Punkte finden, die Ärger bereiten könnten, wenn man einige Sätze darüber schreiben würde. Er würde gerne den Herrn Bundeskanzler so zitieren, daß die Notwendigkeit langfristiger Planung gegeben sei und man beim Warten auf einen *Modus vivendi* Geduld zeigen müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* hatte gegen ein solches Zitat keine Einwände, sagte aber, er wolle dann ein Wort noch hinzufügen. Für ihn sei die Berlinfrage und die Wiedervereinigung weniger ein nationales, viel stärker aber ein menschliches Problem. Wenn die Deutschen in Berlin und der Zone ein menschenwürdiges Dasein nach ihren eigenen Vorstellungen führen könnten, würde das nationale Problem der Wiedervereinigung sehr entschärft.

Mr. *Sulzberger* erklärte dann, er habe eben das letzte Buch des jugoslawischen Rebellen Djilas im Manuskript gelesen, in dem dieser über seine Gespräche mit Stalin schreibe.<sup>7</sup> Unter anderem habe Stalin im Jahre 1948 zu Djilas gesagt, es gebe eine Regel für den Krieg, daß nämlich das eigene politische System überall

<sup>6</sup> Am 14. März 1962 wurde in Genf die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission eröffnet. Vgl. dazu Dok. 128.

<sup>7</sup> In der Presse wurde berichtet, daß in den USA für das Frühjahr 1962 die Veröffentlichung des neuesten Buches des ehemaligen Sekretärs des ZK der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Djilas, vorgesehen sei. Im Zusammenhang damit sei die erneute Verhaftung des erst am 19. Januar 1961 aus der Haft entlassenen Djilas zu sehen, da nach einer Ergänzung des jugoslawischen Strafrechts zwei Wochen zuvor „die Veröffentlichung vertraulicher Themen auch in Form von Memoiren unter Strafe gestellt wird“. Vgl. den Artikel „Titos Gegenspieler Djilas wieder im Gefängnis“, DIE WELT vom 9. April 1962, S. 4.

dort Fuß fasse, wohin die eigene Armee komme.<sup>8</sup> Dies gelte für den Westen genauso wie für den kommunistischen Block. Da dieses Gespräch sich damals um Deutschland gedreht habe, habe Stalin die Meinung vertreten, der sowjetische Teil Deutschlands werde das sowjetische System beibehalten, so wie der westliche Teil das westliche System beibehalten werde. Chruschtschow glaube auch heute noch daran.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob Mr. Sulzberger denn wirklich glaube, daß das heutige System in der Sowjetunion ein wahrhaft kommunistisches System sei. Es habe sich doch vom Kommunismus abgewandt und sei zu einer diktatorischen Regierungsform geworden, in der der Staat alle Macht habe und im Staat wiederum heute eine Gruppe (unter Stalin habe dieser allein alle Macht besessen, dies gelte aber seines Erachtens für Chruschtschow nicht). Die Entwicklung sei also weitergegangen und sei anders weitergegangen, als es Stalin sich vorgestellt habe. Diese Entwicklung habe daher Stalins Doktrin ad absurdum geführt. Soweit sich beurteilen lasse, sei ja auch das Regime in der Sowjetzone sehr viel härter als in der Sowjetunion selbst. Außerdem sei zu beachten, daß die Russen Karl Marx als den Erfinder des Kommunismus verehrten. Marx habe sich aber eine Gesellschaft ohne Klassen, ja sogar ohne Staat, vorgestellt. Der russische Kommunismus sei jedoch gerade die Omnipotenz des Staates, also das Gegenteil der Marxschen Vorstellung. Im übrigen sei doch der Stalinismus verpönt, und wenn Stalin die eben von Mr. Sulzberger vertretene Meinung gehabt habe, dürfe Chruschtschow diese Meinung gar nicht haben.

Mr. *Sulzberger* kam dann auf die freie Welt zu sprechen und fragte den Herrn Bundeskanzler, ob er in europäischer Sicht auf der Grundlage des Gemeinsamen Marktes wie de Gaulle die Idee eines konföderierten Europa oder, wie andere Staatsmänner im Bereich des Gemeinsamen Marktes, die Idee eines föderativen Europa vertrete.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, im Völkerrecht seien die Begriffe Föderation und Konföderation vielfältig entwickelt und interpretiert worden. Er meine, daß die politische Union genauso in Stufen entwickelt werden müsse wie der Gemeinsame Markt. Er denke da so wie de Gaulle. Er wolle auch an die deutsche Geschichte erinnern, wo in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erst der Norddeutsche Zollverein, dann der Deutsche Zollverein entstanden seien<sup>9</sup>, um sich dann im Politischen zu entwickeln. Nach seiner Meinung sollte man hier nicht zu theoretisch sein.

Mr. *Sulzberger* sagte, im Hinblick auf das Treffen zwischen de Gaulle und Fanfani<sup>10</sup> seien die italienischen Zeitungen der Meinung, daß diese Frage das Hauptthema des Gesprächs bilden werde. Wenn er den Herrn Bundeskanzler richtig verstanden habe, halte er die Diskussion darüber für etwas albern und sei der Meinung, man solle stufenweise vorgehen und die Dinge sich selbst entwickeln lassen.

<sup>8</sup> Vgl. dazu DJILAS, Gespräche mit Stalin, S. 146.

<sup>9</sup> Der Norddeutsche Zollverein wurde 1830 gegründet, der Deutsche Zollverein am 1. Januar 1834.

<sup>10</sup> Staatspräsident de Gaulle führte am 4. April 1962 ein Gespräch mit Ministerpräsident Fanfani in Turin. Vgl. DDF 1962, I, S. 381–398.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, in der Fouchet-Kommission sei das Problem aufgetaucht, ob die Wirtschaft in die Politische Union einbezogen werden soll, sowie die Frage der bestehenden europäischen Gemeinschaften.<sup>11</sup> Bei seinem letzten Gespräch mit de Gaulle in Baden-Baden<sup>12</sup> sei er sich mit de Gaulle nach einem ruhigen und freundschaftlichen Gedankenaustausch völlig einig gewesen. In der Fouchet-Kommission sei dann leider etwas Durcheinander entstanden. Er hoffe aber, daß sich dies bald klären werde. Ganz im Vertrauen wolle er sagen, daß er Ende der Woche mit Fanfani und Segni zusammentreffen werde, wo dasselbe Thema zweifellos auch hochkommen werde.<sup>13</sup> Der Herr Bundeskanzler fügte schmunzelnd hinzu, er glaube, daß de Gaulles Treffen mit Fanfani und auch mit ihm schon etwas auf den Wahlkampf<sup>14</sup> abziele.

Mr. *Sulzberger* fragte dann, ob der Herr Bundeskanzler glaube, daß Großbritannien wirklich dem Gemeinsamen Markt beitreten werde.<sup>15</sup> Trotz aller öffentlicher Erklärungen, die dies bejahten (Jean Monnet habe sogar gesagt, Großbritannien werde noch in diesem Jahr beitreten<sup>16</sup>), habe er bei de Gaulle immer etwas das Gefühl, daß de Gaulle nicht sehr darauf erpicht sei, die Engländer dabei zu haben.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er sei auch nicht von dem Beitritt überzeugt. Jedenfalls könne man nicht das gesamte Commonwealth in den Gemeinsamen Markt hineinnehmen<sup>17</sup>, weil dann das politische europäische Ziel des Gemeinsamen Marktes inexistent würde; der Gemeinsame Markt wäre dann keine europäische Sache mehr. Ob Großbritannien sich entschließen werde und könne,

<sup>11</sup> Zum Stand der Beratungen in der Studienkommission vgl. Dok. 145.

<sup>12</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 15. Februar 1962 vgl. Dok. 73 und Dok. 74.

<sup>13</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Fanfani am 7. April 1962 in Cadenabbia vgl. Dok. 153.

<sup>14</sup> Zur Erwartung, daß Staatspräsident de Gaulle im Frühjahr 1962 Wahlen zur französischen Nationalversammlung ausschreiben werde, vgl. Dok. 61, Anm. 102.

Am 1. März 1962 rechnete Botschafter Blankenhorn, Paris, damit, daß eine Woche nach dem Referendum über das zu erwartende Waffenstillstandsabkommen mit Algerien die französische Nationalversammlung aufgelöst und es zu „Neuwahlen voraussichtlich am 6. und 13. Mai“ kommen werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 226; B 24 (Referat 204), Bd. 376.

Am 13. April 1962 wurde in der Presse gemeldet, daß de Gaulle den Vorschlag des Ministerpräsidenten Debré, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen, abgelehnt habe. Vgl. dazu den Artikel „De Gaulle gegen Debrés Vorschlag für Neuwahlen“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 13. April 1962, Bl. 1.

<sup>15</sup> Zu den Verhandlungen über einen britischen EWG-Beitritt vgl. Dok. 90, Anm. 9.

<sup>16</sup> Am 6. März 1962 vermerkte der amerikanische Journalist Sulzberger in seinem Tagebuch über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa am selben Tag, Monnet habe auf die Bemerkung, er gehe offenbar davon aus, daß Großbritannien der EWG beitreten werde, geantwortet: „Why, of course, it will come in this year. The forces working for this are too strong. And the British are being reasonable. No one could take the responsibility of keeping them out.“ Vgl. SULZBERGER, *Giants*, S. 857.

<sup>17</sup> Im Bericht des Ausschusses der Stellvertreter vom 12. April 1962 zum Stand der Verhandlungen über einen britischen EWG-Beitritt wurde ausgeführt: „Auf britischer Seite besteht der Wunsch, daß allen unabhängigen Ländern und allen abhängigen Gebieten des Commonwealth in Afrika und ebenso auch [...] den anderen zur Zeit vom Vereinigten Königreich abhängigen Gebieten, einschließlich Westindien und Pazifischer Raum, Gelegenheit zur Assoziierung geboten wird. Die britische Delegation hat [...] erklärt, sie könne unmöglich eine Situation akzeptieren, in der das Vereinigte Königreich infolge seines Beitritts zur Gemeinschaft gezwungen wäre, die Commonwealth-Länder und -Gebiete zugunsten anderer außereuropäischer Länder in irgendeiner Form diskriminierend zu behandeln.“ Vgl. B 31 (Referat 304), Bd. 234.

die Commonwealth-Beziehungen an die durch eine Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt veränderte Lage Großbritanniens anzupassen, wisse er nicht. Als Kennedy von dem amerikanischen Interesse am Gemeinsamen Markt gesprochen habe<sup>18</sup>, habe es in Deutschland Leute gegeben, die gleich von einer „Atlantischen Gemeinschaft“ gesprochen hätten. Dies sei nicht richtig und nicht möglich. Partnerschaft ja, aber keine „Gemeinschaft“. Damit würde die politische europäische Idee, wie sie Frankreich und Deutschland und wohl auch Italien und die Benelux-Länder verfolgten, getötet.

Mr. *Sulzberger* bemerkte dann, er habe neulich mit dem amerikanischen Botschafter in Jugoslawien, George Kennan, über den Gemeinsamen Markt gesprochen. Kennan habe sich besorgt geäußert, daß die logischen Restriktionen, die der Gemeinsame Markt mit sich bringen werde, zum Ergebnis haben könnten, daß neutrale Länder wie Jugoslawien Rußland in die Arme getrieben würden. Er fragte, ob der Herr Bundeskanzler irgendeine Möglichkeit sehe, eine solche Reaktion zu verhüten.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, seiner Meinung nach dürfe man nicht das große Ziel eines wirtschaftlich und politisch stärkeren Europa aufgeben, nur weil es irgendwo in der Welt irgendwelche Schwierigkeiten gebe. Er halte es für möglich, daß künftige Historiker die deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft und die Schaffung eines wirtschaftlich und politisch starken Europa als den positivsten Faktor der Geschichte dieser Zeit ansehen würden.

Mr. *Sulzberger* stellte dann die Frage nach den Beziehungen dieses neuen und großen Europa zu Afrika. Er fragte, ob der Herr Bundeskanzler eine neue Art von wirtschaftlichem Ehebündnis zwischen Afrika und Europa sehe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, Afrika stehe am Anfang einer großen Übergangszeit. Es müsse sich erst in Gemeinschaften zusammenfinden, und dabei werde es viele Rückschläge geben. Zu bemerken sei auch, daß die Zahl der Moslems in Afrika viel schneller wachse als die Zahl der Christen.

Mr. *Sulzberger* fragte, ob der Herr Bundeskanzler darin einen engeren Anschluß an den Mittleren Osten erblicke.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, möglich sei dies schon.

Er habe gerade die Statistiken über die Verbrechen in Südafrika gelesen. Die Zahl der Morde sei im letzten Jahr erschreckend. Dies zeige, daß sich dort alles in Gärung befinde.

Mr. *Sulzberger* sagte dann, er wolle nun eine indiskrete Frage stellen, deren Antwort nicht zur Veröffentlichung bestimmt sei. In einigen amerikanischen und französischen Kreisen bestehe eine gewisse Spekulation, daß es aufgrund der französisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten in der Kernwaffenfra-

<sup>18</sup> Präsident Kennedy begründete am 25. Januar 1962 den Vorschlag einer neuen Handelsgesetzgebung, den Trade Expansion Act, u. a. mit der Notwendigkeit einer stärkeren Kooperation mit der EWG. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962, S. 68–77. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 189–200. Vgl. dazu auch Dok. 14.

Am 7. März 1962 bekräftigte Kennedy in Washington: „I am especially anxious, both from our own economic interests – agriculture, labor and business – that we become more intimately associated with the great effort which is being made in Europe. [...] We want to maintain, both for economic and political reasons, the closest association with Europe“. Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962, S. 194 f.

ge zu einer Abmachung zwischen Deutschland und Frankreich kommen könnte, wonach Frankreich Deutschland mit Kernwaffen beliefern werde.<sup>19</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* verwies auf eine Äußerung des Leiters des Auslandsdienstes von *Le Monde*<sup>20</sup> in einer Rede in München, daß de Gaulle glaube, die Vereinigten Staaten würden eines Tages Europa verlassen, und deswegen brauche Europa nukleare Waffen. Er gebe diese Äußerung lediglich wieder, ohne zu wissen, ob de Gaulle wirklich so denke. Angesichts der Lage, in der sich Frankreich und de Gaulle seit einigen Jahren befänden, glaube er, daß de Gaulle an das Nationalgefühl der Armee habe appellieren müssen, damit sich die Armee im französischen Mutterland nicht mit der OAS einlasse.<sup>21</sup> Jedenfalls wolle die Bundesrepublik für Deutschland keine nuklearen Waffen. Er glaube auch nicht, daß es jemals zu einer solchen Abmachung mit Frankreich komme. Er glaube aber auch, daß sich die französisch-amerikanischen Beziehungen bessern werden, sobald de Gaulle das Algerienproblem los sei und wieder freiere Hand habe. Er wolle dies noch etwas erläutern. Amerika habe das Algerienproblem immer als Kolonialproblem betrachtet. Frankreich habe es nie als Kolonialproblem betrachtet. Deswegen habe es schon unter Eisenhower echte französisch-amerikanische Spannungen gegeben.<sup>22</sup> Sei einmal die Algerienfrage geregelt<sup>23</sup>, und Gott sei Dank sei es ziemlich ruhig, würden sich seines Erachtens auch die französisch-amerikanischen Beziehungen bessern.

Mr. *Sulzberger* fragte, ob er folgende Erklärung des Herrn Bundeskanzlers zitieren dürfe, daß Deutschland keine nuklearen Waffen für sich haben wolle und daß der Herr Bundeskanzler nicht glaube, daß es jemals zu einer Abmachung zwischen Deutschland und Frankreich kommen werde, daß außerdem das französisch-amerikanische Verhältnis sich nach Lösung der Algerienfrage verbessern werde. Dies seien für Amerika bedeutsame Erklärungen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, bei Gründung der WEU habe er den deutschen Verzicht auf ABC-Waffen erklärt.<sup>24</sup> Diese Erklärung wiederhole er hiermit gerne. Natürlich beziehe sich dieser Verzicht nur auf Waffen für Deutschland, nicht aber auf eine multilaterale NATO-Streitmacht.

Mr. *Sulzberger* sagte, ein solcher Plan sei ja in der Nähe von Cadenabbia geboren worden in einem Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit General Norstad, Herrn Blankenhorn und Herrn Stikker.<sup>25</sup> Er fragte dann, ob der Herr Bundes-

<sup>19</sup> Zu entsprechenden Mutmaßungen in der Presse der Bundesrepublik vgl. Dok. 61, Anm. 95.

<sup>20</sup> André Fontaine.

<sup>21</sup> Zu den Sympathien in der französischen Armee für die „Organisation de l'Armée Secrète“ (OAS) vgl. Dok. 3, Anm. 54.

<sup>22</sup> Zu den durch das amerikanische Abstimmungsverhalten in der UNO ausgelösten Spannungen vgl. Dok. 95, Anm. 22 und 25.

<sup>23</sup> Am 18. März 1962 wurde in Evian ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Frankreich und der Provisorischen Regierung der Algerischen Republik abgeschlossen. Vgl. dazu Dok. 120, Anm. 21.

Am 20. März 1962 kündigte Staatspräsident de Gaulle für den 8. April 1962 ein Referendum über das Abkommen an. Vgl. dazu den Artikel „General de Gaulle ruft Frankreich zum Volksentscheid auf“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. März 1962, S. 1.

<sup>24</sup> Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen vgl. Dok. 70, Anm. 25.

<sup>25</sup> Zum Gespräch vom 9. September 1960 vgl. Dok. 11, Anm. 83.

Der amerikanische Journalist Sulzberger vermerkte am 21. November 1960 in Paris in seinem Tagebuch Informationen des Botschafters Blankenhorn über das Gespräch. Vgl. dazu SULZBERGER, *Giants*, S. 703 f.

kanzler noch an die Möglichkeit einer nuklearen Streitmacht der NATO glaube oder ob dies ein zerbrochener Traum sei.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er sei damals mit Herrn Stikker und General Norstad in Stikkers Haus zusammengetroffen, und Norstad habe damals seinen Plan dargelegt. Er (der Herr Bundeskanzler) habe den Plan für gut gehalten. Dies sei im Jahre 1960 vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen<sup>26</sup> gewesen. Norstad habe daraufhin seinen Plan der Eisenhower-Administration vorgelegt, die aber kurz vor den Wahlen keine so wichtige Entscheidung fällen wollte. Neulich habe er aus amerikanischen Nachrichten entnommen, daß die Kennedy-Administration den Plan weiter prüfe und man auch glaube, einer Lösung nähergekommen zu sein.

Mr. *Sulzberger* bemerkte, bei einem Gespräch mit General Taylor in Paris<sup>27</sup> habe er das Gefühl gehabt, daß der Plan zwar weiter geprüft werde, man aber einer Lösung nicht nähergekommen sei, sondern eher Zeit verliere.

Der Herr *Bundeskanzler* meinte, es spielten ja eine Reihe intern-amerikanischer sowie auf Rußland gerichteter Überlegungen mit. Jedenfalls sei die Sache noch nicht ad acta gelegt.

Mr. *Sulzberger* fragte den Herrn Bundeskanzler dann, ob er hinsichtlich der NATO selbst optimistisch sei.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er werde erst Ende dieser Woche mit Stikker zusammentreffen.<sup>28</sup>

Mr. *Sulzberger* wiederholte seine Frage und begründete sie damit, daß die Hochachtung des Herrn Bundeskanzlers vor de Gaulle und die engen deutsch-französischen Beziehungen ja bekannt seien. De Gaulle messe der NATO aber nicht so viel Wert bei wie die Vereinigten Staaten und wohl auch Bonn.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er komme zurück auf etwas, was er vorher schon gesagt habe. Er fragte, ob de Gaulle die französische Armee angesichts der Entwicklung in Frankreich und insbesondere der Tätigkeit der OAS denn überhaupt, wenn auch nur zum Teil, SHAPE hätte unterstellen können? Das Problem der OAS werde, wie er hoffe, noch in dieser Woche gelöst werden können, denn de Gaulle werde am 8. April zweifellos eine ganz überwältigende Mehrheit erhalten.<sup>29</sup> Dann werde sich vielleicht auch das Verhältnis Frankreichs und de Gaulles zur NATO ändern.

<sup>26</sup> Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 8. November 1960 statt.

<sup>27</sup> Der Militärberater des amerikanischen Präsidenten, Taylor, besuchte vom 18. bis 31. März 1962 mehrere europäische Staaten. Zum Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Sulzberger am 21. März 1962 vgl. SULZBERGER, *Giants*, S. 862–864.  
Zum Besuch in der Bundesrepublik vgl. Dok. 135.

<sup>28</sup> Bundeskanzler Adenauer führte am 8. April 1962 ein Gespräch mit NATO-Generalsekretär Stikker in Cadenabbia. Vgl. dazu Dok. 151, Anm. 2.

<sup>29</sup> Über das Ergebnis des Referendums vom 8. April 1962, „das im wesentlichen einer Volksabstimmung des französischen Mutterlandes über de Gaulles Algerienpolitik gleichkommt“, berichtete Botschafter Blankenhorn, Paris, am 9. April 1962, die Wahlbeteiligung habe bei 75,6% gelegen: „Mit ‚Ja‘ votierten von den abgegebenen Stimmen 90,7 Prozent.“ Die Aufrufe der Parteien vor dem Referendum machten allerdings deutlich, daß die Zustimmung „fast ausschließlich de Gaulles Algerienpolitik gilt, während sie gegenüber seiner Europa-, NATO-, Verfassungs- und Sozialpolitik schwerwiegende Einschränkungen machen – ihr ‚Ja‘ beim gestrigen Referendum bedeutet in erster Linie ein ‚Nein‘ an die OAS.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 380; B 24 (Referat 204), Bd. 343.

Mr. *Sulzberger* sagte, bei seinem Besuch in Cadenabbia 1960<sup>30</sup> habe ihn vom Menschlichen her die Ansicht des Herrn Bundeskanzlers besonders interessiert, daß de Gaulle als Ergebnis der zwölf Jahre in Colombey eine bedeutsame philosophische Entwicklung durchgemacht habe und ein hervorragender Staatsmann geworden sei. Er fragte, ob der Herr Bundeskanzler ihn immer noch für einen hervorragenden Staatsmann halte.

Der Herr *Bundeskanzler* bejahte dies.

Mr. *Sulzberger* fragte dann, ob der Herr Bundeskanzler heute unter der neuen amerikanischen Administration einen wesentlichen Unterschied in dem Verhältnis zwischen Washington und Bonn spüre. Er habe ja ein ganz persönliches und politisches Verhältnis vor allem mit Dulles gehabt. Ob dies bei der neuen Mannschaft anders sei?

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, ein Unterschied möge vielleicht einmal bestanden haben, doch sei sein persönliches Verhältnis mit Kennedy, Rusk, McNamara usw. sehr gut und gerade mit Kennedy ausgezeichnet.

Nach einem weiteren Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen der New York Times und Bonn, worüber, falls gewünscht, eine Aufzeichnung später gefertigt werden kann, endete das Informationsgespräch gegen 12.20 Uhr.

**Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/61**

149

**Ministerialdirektor von Hase  
an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris**

**302-82.01/4-1075/62 geheim**

**2. April 1962<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 1233 Plurex  
Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 3. April 1962, 15.15 Uhr**

I. Unsere bereits vor Beginn der Abrüstungskonferenz in Genf<sup>2</sup> geäußerten Befürchtungen, die Sowjetunion werde versuchen, durch Vorschläge regional begrenzter Abrüstungsmaßnahmen das Problem der Europäischen Sicherheit und die Deutschlandfrage in ihrem Sinne zu regeln<sup>3</sup>, sind durch die Konferenztaktik der Ostblock-Staaten in der vergangenen Woche bestätigt worden. Der polnische Außenminister Rapacki hat eine Neufassung seines bekannten Pla-

<sup>30</sup> Der amerikanische Journalist Sulzberger führte am 4. Juni 1960 ein Informationsgespräch mit Bundeskanzler Adenauer in Cadenabbia. Vgl. dazu ADENAUER, Teegespräche 1959–1961, S. 271–276. Vgl. ferner SULZBERGER, Giants, S. 673–676.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Balken konzipiert.

<sup>2</sup> Die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission wurde am 14. März 1962 eröffnet.

<sup>3</sup> Zu den Bedenken der Bundesregierung vgl. Dok. 98.

nes wieder vorgelegt.<sup>4</sup> Die Sowjetunion und alle anderen Ostblock-Staaten haben diese polnische Initiative unterstützt und versuchen z. Zt., den polnischen Vorschlag zu einem vorrangigen Diskussionsgegenstand der Konferenz zu machen.

Die Haltung der neutralen Mitglieder der Konferenz zum Problem kernwaffenfreier Zonen läßt erkennen, daß ihre Sympathie stärker zu den Vorschlägen des Ostblocks als denen des Westens neigt.

Durch unseren Beobachter in Genf<sup>5</sup> ist uns bekannt geworden, daß sich die Amerikaner mit dem Problem beschäftigen, wie man dem Rapacki-Plan taktisch so begegnen kann, daß der Westen dabei vor der Öffentlichkeit nicht lediglich als „Nein-Sager“ erscheint.<sup>6</sup> In einer Weisung an die amerikanische Delegation in Genf erklärt das State Department, es schein wünschenswert „to have public NATO reaction to the Rapacki plan or as an alternative individual Government statements“.<sup>7</sup> Dabei wird Botschafter Finletter anheim gegeben, ob er die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des NATO-Rats auf die Tagesordnung setzen läßt.

II. Sollten die Amerikaner für die nächste Ratssitzung eine Diskussion über die Frage wünschen, wie man dem Rapacki-Plan am besten begegnen kann<sup>8</sup>, so bitte ich Sie, diesen Wunsch zu unterstützen. Bei der Diskussion bitte ich Sie, sich der Argumente zu bedienen, die Ihnen mit Plurex Nr. 1198 vom 31.3. übermittelt worden sind.<sup>9</sup>

Sie werden ferner gebeten, darauf hinzuwirken, daß es zu einer gemeinsamen Erklärung des NATO-Rats kommt. Dies wäre vor allem wünschenswert, um zu vermeiden, daß wir allein in die Rolle des „Nein-Sagers“ gedrängt werden.

Sollte im Rahmen einer solchen Diskussion das Memorandum der SBZ-Regierung (unter tschechischer Mantelnote der Konferenz zugeleitet<sup>10</sup>) zur Sprache kommen und dabei ein Vorschlag gemacht werden, daß wir dieses Memorandum

<sup>4</sup> Zum Rapacki-Plan in der Fassung vom 28. März 1962 vgl. Dok. 143.

<sup>5</sup> Jürgen Diesel.

<sup>6</sup> Am 31. März 1962 informierte Legationsrat Diesel, z. Z. Genf, über die amerikanische Sorge wegen der „Sympathie der Neutralen für regionale atomwaffenfreie und militärisch verdünnte Zonen und damit für den Rapacki-Plan“. Es werde daher darüber nachgedacht, wie diese Haltung zugunsten amerikanischer Vorschläge „wie Nichtverbreitung von Atomwaffen, cut-off usw.“ genutzt werden könne und welche Möglichkeiten es gebe, „die Ablehnung des Rapacki-Plans dergestalt mit Vorschlägen zu verknüpfen, die der inzwischen offenbar gewordenen Sympathie der Neutralen für einen regionalen ‚approach‘ besser entsprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 202; VS-Bd. 4011 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1962.

<sup>7</sup> Vgl. den Drahtbericht Nr. 203 des Legationsrats Diesel, z. Z. Genf, vom 2. April 1962; VS-Bd. 4011 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1962.

<sup>8</sup> Der Passus „die Frage ... begegnen kann“ wurde von Ministerialdirektor von Hase handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „den Rapacki-Plan wünschen“.

<sup>9</sup> Legationsrat I. Klasse Balken übermittelte einen Auszug aus der Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werz vom 29. März 1962. Vgl. VS-Bd. 4011 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1962.

Für die Aufzeichnung von Werz vgl. Dok. 143.

<sup>10</sup> Am 28. März 1962 teilte Legationsrat Diesel, z. Z. Genf, telefonisch mit, „er habe von amerikanischer Seite erfahren, daß dem Konferenzsekretariat bereits ein Memorandum der SBZ vorliege, das mit einer polnischen oder tschechischen Mantelnote den Konferenzteilnehmern vorgelegt würde“. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Balken vom selben Tag; VS-Bd. 4011 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1962.

Für den Wortlaut des Memorandums der DDR vom 26. März 1962 vgl. DzD IV/8, S. 308–310.

dum beantworten sollen, so bitte ich Sie, einen derartigen Vorschlag abzulehnen. Wir würden uns damit auf die gleiche Ebene mit der SBZ stellen und darüber hinaus der polnischen Forderung Vorschub leisten, daß die Genfer Konferenz die betroffenen Staaten zur Konsultationen auffordern soll.

Falls Finletter keine Initiative beabsichtigt, wird um Bericht, soweit feststellbar mit Angabe seiner Gründe, gebeten.

III. In einer gemeinsamen Erklärung der NATO zum Rapacki-Plan sollten u. E. folgende Gedanken enthalten sein:

Der polnische Vorschlag ist weder geeignet, die internationalen Spannungen zu beseitigen, noch das Zustandekommen einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu erleichtern. Die Errichtung einer Zone verminderter Rüstung und frei von Kernwaffen in Europa würde dem Punkt 5 des Joint Statement of agreed principles for disarmament negotiations vom 20. September 1961<sup>11</sup> widersprechen. Durch die Errichtung einer solchen Zone würde nämlich weder die nukleare Angriffsfähigkeit der Sowjetunion eingeschränkt, noch würde die Überlegenheit der Sowjetunion auf konventionellem Gebiet beseitigt. Dem Grundsatz der Aufrechterhaltung eines ausreichenden Kräfteverhältnisses Ost–West kann nur durch die Einbeziehung eines wesentlichen Teils der Sowjetunion in eine Zone begrenzter Rüstung entsprochen werden.

Der Rapacki-Plan gibt vor, zur Erhöhung der Stabilität in der Welt beitragen zu wollen. Dabei läßt er jedoch völlig unberücksichtigt, daß die gegenwärtige Unsicherheit in der Welt auf dem Vorhandensein einer ganzen Reihe ungelöster politischer Probleme beruht. Diese Probleme sind die Ursache der gegenwärtigen Spannungen in der Welt und damit des Mißtrauens, das die Beziehungen der Völker belastet. Ein Abbau dieses Mißtrauens ist jedoch nur durch solche Abrüstungsmaßnahmen möglich, die niemanden benachteiligen.

Die amerikanische Regierung, ebenso wie die anderen Mitgliedstaaten der NATO, die an der Konferenz teilnehmen<sup>12</sup>, haben eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die geeignet sind, Furcht und Mißtrauen abzubauen. Es handelt sich dabei vor allem um Vorschläge, die der weiteren Steigerung der nuklearen Rüstung Halt bieten sollen: Einstellung der Kernwaffenversuche, Einstellung der Produktion von spaltbarem Material und Überführung erheblicher Mengen dieses Materials in friedliche Verwendung sowie einen sofort beginnenden Abbau der Träger für die Massenvernichtungswaffen. Gleichzeitig damit würden die konventionellen Waffen in einem ausgewogenen Verhältnis abgebaut und Maßnahmen getroffen, um der Gefahr von Überraschungsangriffen zu begegnen.<sup>13</sup> Dies sind ehrliche und praktisch durchführbare Vorschläge.<sup>14</sup>

Hase<sup>15</sup>

**VS-Bd. 4011 (302/II 8)**

<sup>11</sup> Zur Erklärung des Beraters des amerikanischen Präsidenten für Abrüstungsfragen, McCloy, und des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers Sorin vgl. Dok. 62, Anm. 19.

<sup>12</sup> Großbritannien, Italien und Kanada.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die amerikanischen Vorschläge vom 15. März 1962; Dok. 128, besonders Anm. 4.

<sup>14</sup> Botschafter von Walther, Paris (NATO), berichtete am 4. April 1962, sein amerikanischer Amtskollege Finletter habe in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats die amerikanische Stellungnahme vom 3. April 1962 zum Rapacki-Plan vom 28. März 1962 verteilt und erklärt, „die Position des We-

**Botschafter Grewe, Washington, an Bundeskanzler Adenauer**

114-3194/62 geheim  
Fernschreiben Nr. 1053  
Citissime

**Aufgabe: 3. April 1962, 20.40 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 4. April 1962, 04.20 Uhr**

Nur für Bundeskanzler, Bundesminister und Staatssekretär Carstens  
Auf 398 str. geh. vom 27.2.<sup>2</sup>, 471 str. geh. vom 7.3.<sup>3</sup> und 671 vom 31.3.<sup>4</sup> sowie im  
Anschluß an 1021 vom 2.4.<sup>5</sup>

Hatte heute nachmittag etwa halbstündiges Gespräch mit dem Präsidenten<sup>6</sup>,  
in dem ich die mir in den Bezugserlassen übermittelten Weisungen ausführte.

Der Präsident erinnerte sich offensichtlich selbst nicht mehr genau, welche Be-  
schwerden er in seinem Gespräch mit mir am 19.2.<sup>7</sup> vorgebracht hatte. Insbe-  
sondere schien er sich auch nicht mehr daran zu erinnern, an Äußerungen des  
Bundesverteidigungsministers Kritik geübt zu haben. Er sei überrascht gewese-  
nen, in einem Interview des Bundesverteidigungsministers mit dem New-York-  
Times-Korrespondenten Sydney Gruson etwas über solche angeblichen kriti-  
schen Äußerungen gelesen zu haben.<sup>8</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 713*

stens könne wesentlich verstärkt werden, wenn auch die anderen NATO-Regierungen den in der  
amerikanischen Verlautbarung dargelegten Standpunkt öffentlich und mit Nachdruck unterstütz-  
ten. Man solle sich diesmal nicht scheuen, als NATO-Regierungen aufzutreten; es sei das gute Recht  
der NATO, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.“ NATO-Generalsekretär Stikker habe dies unter-  
stützt, „wobei er sich allerdings für individuelle Aktionen der Regierungen aussprach und nicht für  
eine gemeinsame Erklärung der NATO oder eine geschlossene Aktion aller Regierungen.“ Walther  
vermutete, daß Stikker nach der Veröffentlichung der amerikanischen Erklärung die Gelegenheit  
für eine gemeinsame Stellungnahme als „mehr oder weniger verpaßt“ erachtet habe. Auch habe wenig  
Aussicht bestanden, eine solche kurzfristig zustande zu bringen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 388;  
VS-Bd. 4011 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1962.

<sup>15</sup> Paraph vom 3. April 1962.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Müller am 4. April 1962 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundes-  
minister Schröder verfügte.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „27.3.“  
Vgl. Dok. 92.

<sup>3</sup> Zu dem am 6. März 1962 konzipierten Drahterlaß des Bundesministers Schröder vgl. Dok. 102,  
Anm. 9 und 10.

<sup>4</sup> Staatssekretär Carstens bat Botschafter Grewe, Washington, um Unterrichtung, „ob Sie die Be-  
zugserlasse haben ausführen können oder welches Ihre Absichten in dieser Hinsicht sind. Allzu  
lange können wir meines Erachtens die Angelegenheit nicht auf sich beruhen lassen“. Vgl. VS-Bd. 310  
(Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1962.

<sup>5</sup> Zum Drahtbericht des Botschafters Grewe, Washington, vgl. Dok. 118, Anm. 20.

<sup>6</sup> Zu dem Gespräch mit Präsident Kennedy vgl. auch FRUS 1961–1963, Western Europe; Berlin, Mi-  
crofiche Supplement, Dok. 320 und Dok. 321.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des Botschafters Grewe, Washington, mit Präsident Kennedy am 19. Februar 1962  
vgl. Dok. 82–84 und Dok. 88.

<sup>8</sup> Am 1. März 1962 berichtete der amerikanische Journalist Gruson, Bundesminister Strauß habe sich  
verletzt gezeigt durch Berichte, wonach Präsident Kennedy gegenüber Botschafter Grewe, Wash-  
ington, Verärgerung über die Bemühungen von Strauß geäußert habe, das strategische Konzept  
der „Pause“ zu unterminieren. Vgl. dazu den Artikel „Strauss Favours ‚Pause‘ in A-War“; THE NEW  
YORK TIMES, International Edition vom 1. März 1962, S. 5.

Ich rief dem Präsidenten seine eigenen Äußerungen ins Gedächtnis zurück und erinnerte ihn insbesondere an die Bemerkung, daß Minister Strauß so spreche, als ob die Begegnung vom November 1961<sup>9</sup> nicht stattgefunden habe, und an eine weitere kritische Bemerkung über die Begegnung Strauß/Messmer<sup>10</sup>. Der Präsident schien sich daraufhin allmählich an den damaligen Verlauf des Gesprächs zu erinnern und hörte meinen Ausführungen, insbesondere auch über Inhalt und Verlauf der Begegnung der beiden Verteidigungsminister Strauß und Messmer, aufmerksam und interessiert zu. Er schien jedoch seinen damaligen Groll längst vergessen zu haben und bekundete jedenfalls keine Neigung, noch einmal in Einzelheiten einzutreten. Ich wies, um dieses Thema abzuschließen, darauf hin, daß ich den Besuch von General Taylor in Bonn<sup>11</sup> sehr begrüßte und nur bedauert hätte, daß der Bundesverteidigungsminister ihn wegen seiner Grippeerkrankung nicht selbst habe sprechen können. Ich hoffte, daß es in Kürze zu einem neuen Gedankenaustausch zwischen dem Bundesverteidigungsminister und Mr. Nitze kommen würde, wenn dieser seinen vorgesehenen Besuch in Deutschland abstatte.<sup>12</sup> Ein weiterer Gedankenaustausch sei nützlich und notwendig, denn es habe auf diesem Gebiete allzu viele Mißverständnisse gegeben, die man ausräumen müsse. Der Präsident müsse verstehen, daß es in Deutschland irritiere, wenn z.B. General Taylor seinen Gesprächspartnern in Bonn versichere, daß von einer Änderung des strategischen Konzepts der Vereinigten Staaten keine Rede sein könne, während der Secretary of the Army, Stahr, am 29.1. vor dem Kongreß das Gegenteil gesagt habe, nämlich, daß man mit dem strategischen Konzept der Eisenhower-Administration vollständig gebrochen habe.<sup>13</sup> Der Präsident versuchte von dieser Bemerkung mit einem Scherz abzulenken, indem er betonte, General Taylor habe dabei wohl seine eigene strategische Konzeption gemeint, die sich in der Tat nicht verändert habe.

In der Frage der deutschen Beteiligung am Ankauf von VN-Bonds und in der Vermögensfrage verhielt ich mich wie in meinem gestrigen Bezugsbericht bereits skizziert. Ich fügte lediglich hinzu, daß die Bundesregierung noch in dieser Woche eine parlamentarische Anfrage nach dem Stand der Vermögensverhandlungen beantworten und dabei wohl klarstellen müsse, wie die Lage wirklich sei.<sup>14</sup> Der Präsident beschränkte sich darauf, mit einer etwas verlegenen

<sup>9</sup> Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 19. bis 22. November 1961 in Begleitung der Bundesminister Schröder und Strauß in Washington auf. Vgl. dazu Dok. 82, Anm. 7.

<sup>10</sup> Bundesministers Strauß traf am 23. Januar 1962 mit dem französischen Verteidigungsminister Messmer zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Messmer und Strauß beraten über gemeinsame Waffenproduktion“; DIE WELT vom 24. Januar 1962, S. 2.

<sup>11</sup> Zum Besuch des Militärberaters des amerikanischen Präsidenten, Taylor, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 135.

<sup>12</sup> Der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Nitze, hielt sich vom 11. bis 14. April 1962 in der Bundesrepublik und Berlin (West) auf. Vgl. dazu Dok. 163, besonders Anm. 2.

<sup>13</sup> Für die Äußerung des amerikanischen Heeresministers Stahr vgl. den Schriftbericht des Militärattachés Freiherr von Schleinitz, Washington, vom 31. Januar 1962 über das Militärbudget der USA; B 32 (Referat II A 6), Bd. 195.

<sup>14</sup> Am 12. April 1962 antwortete Bundesminister Schröder auf die Anfrage des SPD-Abgeordneten Mommer, ob sich „in der amerikanischen Politik neue Ansatzpunkte für Verhandlungen über die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Vermögens ergeben“ hätten, die amerikanische Regierung habe in Gesprächen mit den Bundesministern Erhard und Schröder sowie Botschafter Grewe, Washington, „mitgeteilt, daß sie sich nicht in der Lage sehe, über die Vermögensfrage zu verhandeln“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 50, S. 1067.

Bemerkung sein Bedauern darüber auszudrücken, daß wir seine damaligen Äußerungen offenbar mißverstanden hätten. Er betonte, daß er die Haltung der Bundesregierung in der Frage der VN-Bonds sehr zu schätzen wisse.

Die mir in Ziffer 2 des Bezugserlasses Nr. 471 vom 7.3. aufgetragene Bemerkung über die Verhandlungsführung Thompsons benutzte ich dazu, um anzudeuten, daß wir es begrüßen würden, wenn auch im Falle eines neuen Gesprächsabschnittes, insbesondere bei Gesprächen hier in Washington zwischen Secretary Rusk und Botschafter Dobrynin<sup>15</sup>, eine ähnliche Form der engen Abstimmung und Konsultation vor den einzelnen Gesprächen stattfinden würde.

Da der Präsident in dem Gespräch vom 19.2. die Frage des Handels mit Kuba angeschnitten hatte, unterrichtete ich ihn anhand der im Drahterlaß Nr. 479 geh. vom 8.3. enthaltenen Angaben über die Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage.<sup>16</sup> Der Präsident nahm diese Ausführungen mit großer Befriedigung zur Kenntnis.

Insgesamt hatte ich den Eindruck, daß ich mit meinen Äußerungen zum Teil offene Türen einrannte und daß sich die damalige Verstimmung verflüchtigt hat. Es mag sein, daß dabei auch ein Anflug schlechten Gewissens wegen der Behandlung der Vermögensfrage eine Rolle spielte. In dem Sinne verstehe ich es auch, daß der Präsident bei der Verabschiedung noch einmal geflissentlich betonte, daß es erfreulicherweise im Augenblick keinerlei Probleme in den deutsch-amerikanischen Beziehungen gebe. Der Präsident erwähnte, daß ihn das Gespräch mit Dr. Mende<sup>17</sup> sehr befriedigt habe. Ich erwähnte daraufhin den be-

<sup>15</sup> Präsident Kennedy entschied am 7. April 1962, daß die Gespräche des amerikanischen Außenministers Rusk mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, in der Woche ab dem 16. April 1962 beginnen sollten. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XV, S. 100.

Zum Gespräch zwischen Rusk und Dobrynin am 16. April 1962 vgl. Dok. 172, Anm. 8.

<sup>16</sup> Ministerialdirigent Hess leitete der Botschaft in Washington den Drahterlaß Nr. 157 des Staatssekretärs Lahr an die Ständige Vertretung bei der NATO zu, der am 28. Februar konzipiert und am 3. März 1962 nach Paris übermittelt worden war. Vgl. VS-Bd. 8812 (III B 4); B 150, Aktenkopien 1962. Zum Drahterlaß von Lahr vgl. Dok. 87, Anm. 17.

<sup>17</sup> Der FDP-Vorsitzende Mende hielt sich vom 19. bis 28. März 1962 in den USA auf und traf am 19. März 1962 mit Präsident Kennedy in Washington zusammen. Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 20. März 1962, Kennedy habe sich insbesondere für die Berlin-Frage interessiert und Mende gefragt: „Was soll der Westen nach Ihrer Ansicht tun, wenn auch bei der Genfer Konferenz jetzt wiederum kein Ergebnis erzielt wird? Gibt es nach Ihrer Ansicht irgendwelche Lösungsvorschläge, die wir noch nicht vorgebracht haben und die man jetzt vorbringen könnte? Wie weit können nach Ihrer Ansicht westliche Konzessionen äußerstenfalls gehen, um eine befriedigende Regelung der Sicherung der Zugangswege nach Berlin zu erreichen? Wie weit kann man dabei in bezug auf die Anerkennung des Zonenregimes gehen und wie weit in bezug auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie? Wenn Sie keine neuen Lösungsvorschläge haben und gleichwohl der Ansicht sind, daß die Westmächte ihre Rechte und die Freiheit Berlins verteidigen sollten, wird die Bevölkerung der Bundesrepublik bereit sein, die Konsequenzen einer solchen Politik auf sich zu nehmen, die zum Kriege führen kann?“ Die Antworten von Mende hätten der Linie der Bundesregierung entsprochen: „Die Bevölkerung der Bundesrepublik betrachte das Regime der Sowjetzone als ein System der Sklaverei, das man unter dem Zwang der Verhältnisse äußerstenfalls hinnehmen, aber nicht anerkennen könne.“ Zwar gebe es wenig Hoffnung, „die Oder-Neiße-Grenze jemals wieder ändern zu können“; eine Zustimmung zu dieser Grenze sei jedoch nur im Zusammenhang mit einer Wiedervereinigung Deutschlands denkbar, nicht aber als „Preis für die bloße Aufrechterhaltung eines fragwürdigen Status quo in Berlin“. Mende habe außerdem bekräftigt, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereit sei, „in einer Notwehrsituation die eigene Freiheit – die auch die Freiheit der West-Berliner einschließe – zu verteidigen, und der Präsident der Vereinigten Staaten werde in einer solchen Lage von seinen deutschen NATO-Verbündeten nicht enttäuscht werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 871; VS-Bd. 3938 (II 6); B 150, Aktenkopien 1962.

vorstehenden Besuch Dr. von Brentanos und erhielt darauf die gewünschte Antwort, daß der Präsident sich freuen würde, Dr. von Brentano bei seinem Aufenthalt hier in Washington zu sehen.<sup>18</sup>

[gez.] Grewe

VS-Bd. 8474 (Ministerbüro)

## 151

### Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Adenauer, z.Z. Cadenabbia

301-81.08/0-1126/62 geheim

Aufgabe: 5. April 1962, 19.45 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 2

Citissime mit Vorrang

Für das Gespräch mit Generalsekretär Stikker<sup>2</sup> werden folgende Überlegungen vorgetragen:

Teil I – Amerikanische Auffassungen zur Strategie

Der Streit der Meinungen, ob die Amerikaner ihre strategischen Auffassungen gewechselt haben (vgl. den Bericht Botschafter Grewes über sein Gespräch mit Präsident Kennedy vom 3.4.<sup>3</sup>), ist unbegründet, wenn folgende Probleme klar auseinandergehalten werden.

1) Vorbemerkung

Es ist zu unterscheiden zwischen

a) den großen nuklearen Waffen mit Megatonnenwerten und umfassender Zerstörungskraft; sog. Vergeltungswaffen, stationiert in den USA (SAC und interkontinentale Raketen) und in England (bomber command) und

<sup>18</sup> Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, von Brentano, hielt sich vom 29. April bis 5. Mai 1962 in den USA auf. Zum Gespräch mit Präsident Kennedy am 30. April 1962 in Washington vgl. Dok. 193, Anm. 23.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Scheske konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Werz am 5. April 1962 vorgelegen. Hat Ministerialdirektor von Hase am 5. April 1962 vorgelegen, der den Entwurf am selben Tag über Staatssekretär Carstens „mit der Bitte um Zeichnung des Drahtberichts im Falle der Zustimmung“ an Bundesminister Schröder leitete und dazu vermerkte: „Das Bundeskanzleramt hat gebeten, diesen Bericht baldmöglichst nach Cadenabbia abzusenden. Der Bericht mußte ausführlich gehalten werden, um die Problematik der amerikanischen Auffassungen zur Strategie und der gegenwärtigen Diskussion im NATO-Rat über die Kontrolle nuklearer Waffen herauszuarbeiten.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 1998 (201); B 150, Aktenkopien 1962.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Adenauer traf am 8. April 1962 während seines Urlaubs in Cadenabbia mit NATO-Generalsekretär Stikker zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Adenauer spricht mit Fanfani und Stikker über Europa“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. April 1962, S. 1.

<sup>3</sup> Vgl. Dok. 150.